Nummer 600

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

76. Jahrgang

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jäger. Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 76. Jahrgang Mittwoch, 24. Dezember 1930

Der Oustric-Skandal vor dem Tribunal.

Amtliche Verschleppungstaktik. — Die Gesellschaft „Holfra". — Oustric bleibt in Haft.

Paris, 24. Dezember.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß hat den früheren Unterstaatssekretär beim Schatzamt, Dubois, der mit Caillaux 1926 als Finanzminister die Nachfolge des zurücktretenen Finanzministers Péret angetreten hat, als die Einführung der Snia Viscosa-Aktien durchführt war, vernommen, ferner auch den ehemaligen Handelsattaché der französischen Botschaft in Rom, Bonnefou-Grapone, der bekanntlich ein ungünstiges Gutachten über diese Gesellschaft eingereicht hatte, und schließlich Gaston Vidal, der anerkannte, daß er bei der entscheidenden Unterredung zwischen Finanzminister Péret und dem damaligen Abteilungsleiter im Finanzministerium Moret im Zimmer anwesend war. Der Ausschuß hat seinen Vorsitzenden beauftragt, beim Ministerpräsidenten gegen die nach seiner Ansicht überhaupt Verschleppung bei der Auslieferung von Dokumenten Protest einzulegen und zu verlangen, daß die angefochtenen Schriftstücke unverzüglich und vollständig von den in Frage kommenden Ministerien ausgeliefert werden.

Der Unterausschuß des Untersuchungsausschusses hat seinerseits beim Justizminister Protest erhoben, da ihm gewisse Abrechnungsbelege, die für die Untersuchung erforderlich seien, vorenthalten würden.

Der Justizminister hat der Abordnung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der wegen der langsamen Auslieferung von Dokumenten in der Oustric-Untersuchung vorstellig wurde, geantwortet, dem Ausschuß würden alle Dokumente zur Verfügung gestellt, die der Untersuchungsrichter ohne Beeinträchtigung der Untersuchung freigeben könne und dieses Material werde in längstens acht bis zehn Tagen dem Ausschuß zugehen.

Paris, 24. Dezember.

Der Untersuchungsrichter hat heute nachmittag den Bankier Oustric mitgeteilt, daß er ihn in Untersuchungshaft behalte mit Rücksicht auf eine vom Vorsitzenden des Bankierstandes eingereichte Klage wegen Betruges und Vertrauensmißbrauchs bei der Bildung der Gesellschaft Holfra am 7. Juli 1928. Die Bücherrevisoren erklären, daß die Bildung dieser Gesellschaft mit einem Kapital von 120 Millionen ebenso unzulässig gewesen sei, wie die im Jahre 1929 vorgenommene Kapitalerhöhung auf 240 Millionen. Die Zeichnungen für die Gesellschaft seien nur fiktiv gewesen, und in den Büchern finde sich kein Nachweis über irgendwelche Geldeinzahlungen. Die Bücher der Gesellschaft seien in Bausch und Bogen geführt worden. Es habe nicht einmal ein Kassenbuch gegeben. Die Zahlungen seien von der Bank Oustric ausgeführt worden. Es habe sich also bei der Holfra um ein fiktives Unternehmen gehandelt, das als Deckmantel für die Operationen der Oustric-Bank gedient hat. Oustric erwiderte auf diese Anklagen, wenn auch Rechtswidrigkeiten in der Form vorgekommen sein könnten, so habe die Bank Oustric doch der Holfra tatsächlich Geldmittel zur Verfügung gestellt, und zwar vom Konto Gualino.

Vergebliche englische Vermittlung.

Zwischen Rom und Paris.

Paris, 24. Dezember.

Der Ministerialdirektor im Foreign Office, Craigie, hat, wie bereits angekündigt, auf der Rückreise von Rom nach London gestern Paris berührt. Wie der „Matin" berichtet, hatte Craigie in Rom Unterredungen mit Mussolini und Grandi über die Flottenabrüstung. Gestern habe Craigie eine Unterredung mit Massigli gehabt, dem er über seine Besprechungen mit Mussolini unterrichtete. Mussolini soll sich darauf beschränkt haben, Craigie gegenüber den lebhaften Wunsch zu betonen, daß Italien zu einer gerechten Verständigung mit Frankreich gelange. Craigie hat gestern abend von Paris aus die Weiterreise nach London angetreten, während Massigli einen 14tägigen Urlaub antritt. Wahrscheinlich würden also die Verhandlungen zwischen Paris, Rom und London erst nach dem 10. Januar wieder aufgenommen werden, während der Völkerbundsrat am 19. Januar in Genf zusammentritt.

„Petit Parisien" meint, es sei als Ergebnis der gestrigen Besprechungen zwischen Craigie und Massigli festgestellt worden, **daß für Frankreich nicht mehr davon die Rede sein könne, die sogenannte Flottenpause zu verlängern**, die bekanntlich Ende Dezember abläuft.

Arbeitslosenziffer in USA.

EP **New York**, 24. Dezember.

Die amerikanische Arbeitslosenziffer hat sich, einer Aufstellung der American Federation of Labour zufolge, vom 30. November bis 15. Dezember um 300000 erhöht. Die Gesamtzahl der gegenwärtig Unbeschäftigten wird von der Gewerkschaft mit 5500000 angegeben. Die durch die Erwerbslosigkeit hervorgerufene Not ist, einer Erklärung der Federation zufolge, bereits recht groß.

Um einer weiteren Ausbreitung der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, beabsichtigt die amerikanische Regierung, hohe Beträge für die Ausführung von großen öffentlichen Bauten bereitzustellen. Wie Präsident Hoover am Dienstag ankündigte, sollen 724 Millionen für diesen Zweck im kommenden Jahr zur Verfügung gestellt werden.

— **Sozialrepublikanische Interpellation gegen Steeg.** Der sozialrepublikanische Abgeordnete Bastide kündigt an, daß er nach Wiederzusammentritt des französischen Parlaments die Regierung über die erfolgte Ergänzung des Ministeriums interpellieren werde.

Sozialdemokratische Kirchenhetze.

In der Theorie, d. h. in der offiziösen Parteipresse behauptet die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit immer, die Sozialdemokratie habe nichts mit der kulturbolschewistischen Front gemein und stehe auch der Religion und der Kirche nicht ablehnend gegenüber. In der Praxis pflegt es anders auszusehen, wie wir das ja in der letzten Zeit öfter feststellen konnten. Einen neuen und schlagenden Beweis für die innerlich rein bolschewistische Einstellung der Sozialdemokraten auch auf diesem Gebiet liefert uns eine Broschüre, die unter dem Titel „Das wahre Gesicht der Kirche" in der Berliner Parteibuchhandlung der SPD., Lindenstraße 3, auch diesmal ohne Spitzel und ohne gefälschte Legitimation, käuflich zu erwerben ist. Die Broschüre trägt auch den Vermerk, daß sie in der „Vorwärts"-Buchdruckerei hergestellt ist. In ihr heißt es u. a.:

„... In dieser Situation des Massenelends finden wir die Kirche getreu ihren sozialen Prinzipien an der Seite derjenigen Schicht von Menschen, die auf Kosten der Arbeitenden ein sorgenfreies, ja ein üppiges Leben führen.

Das parasitäre Dasein der Profitmacher und Nutznießer ist geheiligt von der Kirche, gesegnet von ihren Dienern. In dieser Gesellschaftsordnung, die den Trotzen ein Leben herrlich und in Freuden bringt und die arbeitenden Menschen, die die Werte schaffen, hungern läßt, fühlt sich die Kirche wohler denn je. Sie findet in dem Elend der Massen eine Gottesfügung und vertröstet die Hungrigen auf die Freuden des Jenseits.

Die sozialen Prinzipien der Kirchen aller Konfessionen predigen die Notwendigkeit einer herrschenden und einer unterdrückten Klasse. Die unterdrückte Klasse hungert, die Diener der Kirche ermahnen sie zur Duldsamkeit, zur Demut, zur Unterwürfigkeit, zur Anspruchslosigkeit, um dereinst nach einem Schmoren in der Hölle endlich im Jenseits die ausgleichende Gerechtigkeit zu finden.

Die andere Klasse führt hier auf Erden schon ein Leben wie im Himmelreich, nach den sozialen Prinzipien der Kirche hat sie ein Recht dazu. Die Kirche hat die Aufgabe, die arbeitende Klasse gefügig zu machen.

Es ist eine schändliche Verhöhnung, daß man den Hunger durch das Allheilmittel des Betens vertreiben soll. So eigt sich die Barmherzigkeit des Christentums an den verelendeten Arbeitern, den unter der Not besonders leidenden Frauen, den hohlwangigen Kindern.

Die Erwerbslosen und diejenigen Arbeitenden, denen das Gespenst der Arbeitslosigkeit immer vor Augen steht, lassen sich aber nicht mehr durch die duckmäuserigen Heilslehren der Pfaffen einschläfern, diese hungernden Menschen werden immer mehr eine Gefahr für diese Gesellschaftsordnung.

Mit dem tausendmal erprobten Universalmittel pfäffischer Volksverdummung und Gehirnverkleisterung „die Religion ist in Gefahr" gilt es, die immer mehr und mehr in Not und Elend versinkende Masse der Arbeiter- und Kleinbauernschaft auch weiterhin in körperlicher und geistiger Knechtschaft zu halten — als eine Voraussetzung für die Existenz der schmarotzenden Pfaffenarmee der ganzen Welt."

Der Erguß endigt natürlich mit dem Ruf: „Heraus aus der Kirche!"

Daß sich der sozialdemokratische Freidenkerverband, in dem bekanntlich die Reichsbannerführer Künstler und Genossen eine führende Rolle spielen, von den kommunistischen „Kämpfenden Gottlosen" in keiner Weise mehr unterscheidet, beweist die Tatsache, daß in dieser SPD.-Hetzschrift die Hinmordung von Geistlichen in Rußland als „verdiente Strafe" (!) bezeichnet und dieses grausame Vorgehen der Sowjetunion als berechtigt verteidigt wird.

Das ist das wahre Gesicht der Sozialdemokratie, mit der das Zentrum, die Partei der katholischen Kirche, in Preußen nach wie vor verbündet ist.

Englands Gleichgültigkeit gegenüber den Minderheiten

Freie Hand für Frankreich und Polen in Genf?

TU **London**, 24. Dezember.

Im Hinblick auf die große Zurückhaltung, die die englische Regierung bisher in der Frage der Minderheiten, insbesondere der Ukrainer in Polen, zeigte, verlangt der „Manchester Guardian", daß die englische Regierung auf Grund des Artikels 12 der Minderheitenverträge nach dem Vorbild Deutschlands die Angelegenheit der Ukrainer im Januar vor den Völkerbundsrat bringen solle; denn sonst müsse man sicher damit rechnen, daß Polen alles versuchen werde, um diese Untersuchung zu verschleppen. Das Blatt erinnert daran, daß die Mächte mit der Besetzung der ukrainischen Gebiete in Ostgalizien durch Polen gar nicht einverstanden waren, Akte des Terrors voraussahen und deshalb nur mit dem größten Widerstreben dieses Gebiet Polen zugesprochen hätten. England, Frankreich und Italien hätten also auch moralisch eine Verpflichtung gegenüber der Ukraine.

Hinsichtlich der deutschen Minderheiten fürchtet der „Manchester Guardian", **daß politische Ermäßigungen bei Frankreich und seinen Alliierten wieder zugunsten Polens den Ausschlag geben würden.** Deshalb sei es dringend notwendig, die Minderheitenfrage aus dem Spiele politischer Ränke herauszunehmen und einen ständigen Minderheitenausschuß zu bilden, der sich laufend mit den Angelegenheiten vom reinen Sachverständigenstandpunkt aus befasse, oder von dem Internationalen Gerichtshof mehr Gebrauch zu machen. Der Völkerbund habe in Oberschlesien ganz besondere Verpflichtungen; die Teilung Oberschlesiens sei gleichfalls nur nach langem Zögern vorgenommen worden, und man habe sich nachdrücklichst veranlaßt gesehen, das Schicksal der deutschen Minderheit in Oberschlesien unter die Obhut des Völkerbundes zu stellen.

Weiter veröffentlicht das Blatt Einzelheiten eines Protestes, der von 20000 amerikanischen Ukrainern wegen der polnischen Greuel in Ostgalizien bei einer Massenversammlung in Philadelphia beschlossen wurde. Die Kundgebung, die an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, die Regierungen von Frankreich, England, Italien und Japan und an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet ist, verlangt:

1. Alle Einflüsse geltend zu machen, um Polen zur Einhaltung der internationalen Verträge und des internationalen Rechtes zu zwingen.
2. Entsendung einer internationalen Untersuchungskommission nach Galizien.
3. Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes an die Ukrainer, die Europa vor dem Bolschewismus bewahren.

Die Kundgebung stellt fest, daß Ostgalizien und vier weitere Provinzen mit sieben Millionen Ukrainern gegen den Willen der Bevölkerung an Polen abgetreten wurden, und daß die polnische Regierung in den letzten 12 Jahren, und besonders in den letzten drei Monaten, fortgesetzt das internationale Recht und die Verpflichtungen ihrer Verträge mit den Unterzeichnern des Versailler Vertrages verletzt habe.

Das gefälschte Ergebnis der tschechoslowakischen Volkszählung.

TU **Prag**, 24. Dezember.

Die tschechischen Blätter sind sehr entrüstet über einen Aufruf der Vereinigung ungarischer Juden betreffend die tschechische Volkszählung. Obgleich die Volkszählungsergebnisse bisher streng geheimgehalten worden waren, hatten doch vor einigen Tagen tschechische Blätter triumphierend eine gewaltige Abnahme der Ungarn in Preßburg melden können, gegenüber einer starken Zunahme der deutschen und jüdischen und einer besonders starken Zunahme der slowakischen Bevölkerung. „Deutsch" seien nach dieser Meldung in Preßburg über 20 Prozent der Einwohnerschaft, während die Ungarn unter 20 Prozent heruntergesunken seien, so daß sie die gesetzlichen Minderheitenrechte in bezug auf den Sprachgebrauch verlieren würden.

Die Vereinigung ungarischer Juden stellte demgegenüber fest, daß diese Abnahme der Ungarn vornehmlich auf die Einschüchterung der dort wohnenden Juden zurückzuführen sei, die — unter einem starken Druck stehend — nicht wagten, sich zur ungarischen Muttersprache zu bekennen. Die Volkszählung wird in dem Aufruf eine Fälschung genannt. Die Juden seien in ihren Minderheitenrechten verletzt und ihre bürgerliche Würde sei verhöhnt worden. Die Vereinigung der ungarischen Juden schließt sich der Beschwerde der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei an den Völkerbund an und erwarte vom Judentum der ganzen Welt, daß es diese Beschwerde der tschechischen Juden zu der seinigen mache und bei dem Völkerbund für eine Aenderung Sorge tragen werde.

Offiziersverschwörung in Jugoslawien.

Belgrad, 24. Dezember.

Wie verlautet, sind auf dem Gebiet des Königreichs Jugoslawien 17 Offiziere, die, wie die polizeiliche Untersuchung ergab, Mitglieder einer „Geheimliga für Gerechtigkeit und Freiheit" waren, verhaftet worden. Unter den Offizieren befinden sich mehrere hohen Ranges. Ihre Vernehmung wird, wie verlautet, von dem Ministerpräsidenten, General Zivkovitsch, selbst vorgenommen. Die Blätter melden, daß die Liga einen Aufruf verbreitet habe, der sich gegen das Regime und gegen König Alexander richtete.

Die „Fuorusciti".

Die italienischen Emigranten in Frankreich.

In den italienisch-französischen Beziehungen spielt in der letzten Zeit auch die Frage der italienischen Emigranten in Frankreich wieder eine erhebliche Rolle. Die Bedeutung dieser Frage für die italienisch-französischen Beziehungen wird in der Oeffentlichkeit in Unkenntnis der wahren Zusammenhänge leicht unterschätzt. Ihre Grundlage bildet die Tatsache, daß Frankreich gegenwärtig das Hauptsammelpunktlager derjenigen italienischen politischen Flüchtlinge ist, die infolge ihrer Gegnerschaft zum Faschismus Italien verlassen mußten.

Diese Flüchtlinge, die sogenannten „Fuorusciti", deren Zahl auf mehrere Hunderttausend geschätzt wird, und denen u. a. a. Männer wie der frühere Ministerpräsident Nitti, der Führer der italienischen Sozialisten Filippo Turati und der Florentiner Historiker Salvemini angehören, haben sich nach der Zerschlagung und Unterdrückung aller links gerichteten Organisationen durch den Faschismus in Frankreich zusammengefunden, um von hier aus den Kampf gegen Mussolini und sein Regime zu führen. Dieser Kampf kommt zum Ausdruck in einer äußerst rührigen Agitation im Ausland sowohl als auch in Italien, deren Hauptzentren sich in Paris und Marseille befinden und deren Gefahren die verschiedenen Anschläge gegen Mussolini, gegen Mitglieder der italienischen Königsfamilie oder gegen amtliche Vertreter der faschistischen Regierung im Auslande deutlich bewiesen haben. In fast allen Fällen gelang der einwandfreie Nachweis, daß die Anschläge auf die Agitation der antifaschistischen Kreise in Frankreich zurückzuführen beziehungsweise von diesen Kreisen sogar unmittelbar angestiftet worden waren. In fast allen Fällen waren die Attentäter Personen, die entweder kurz vorher erst auf verbotenem Wege von Frankreich nach Italien gekommen waren oder aber zum mindesten mit den italienischen antifaschistischen Kreisen in Frankreich in irgendeiner Verbindung standen, und fast jedesmal war die Beseitigung der faschistischen Herrschaft das Ziel dieser Anschläge, wenigstens soweit sie sich gegen die Person Mussolinis selbst richteten.

Die von Frankreich ausgehende Agitation der Fuorusciti wird deshalb von dem faschistischen Regime außerordentlich lästig empfunden. Die faschistische Regierung hat bei der französischen Regierung wiederholt gegen sie Einspruch erhoben. Sie hat wiederholt eine schärfere Ueberwachung der Emigranten seitens der französischen Behörden beziehungsweise ihre Ausweisung aus Frankreich sowie die Unterdrückung aller auf französischem Boden bestehenden italienischen antifaschistischen Organisationen und Preßorgane gefordert, mit ihren diesbezüglichen Einsprüchen und Forderungen jedoch bisher im allgemeinen wenig Glück gehabt. Frankreich hat sie fast immer als eine Einmischung in seine innerpolitischen Angelegenheiten auf das Energischste zurückgewiesen. Es hat zwar in Einzelfällen wie bei der Aufdeckung des angeblichen Komplotts gegen die italienische Völkerbundsdelegation im Dezember 1929 einzelne italienische Emigranten in Paris gerichtlich zur Rechenschaft gezogen, jedes Vorgehen gegen diese in ihrer Gesamtheit jedoch unter Berufung auf das Asylrecht und die traditionelle französische Gastfreundschaft abgelehnt, indem es gleichzeitig darauf hinwies, daß diejenigen, die heute die Ausweisung ihrer Volksgenossen aus Frankreich verlangten, eines Tages vielleicht froh wären, in Frankreich leben zu dürfen.

Diese Haltung Frankreichs hat in Italien nicht nur verletzt. Sie ist von der faschistischen Regierung in Rom auch als eine unfreundliche Handlung ihr gegenüber empfunden worden, zumal sie geeignet war, die italienischen Antifaschisten auf französischem Boden in ihrer Agitation gegen das faschistische Regime noch zu bestärken. Sie konnte und mußte von diesen nur als offizielle französische Zustimmung und Ermunterung zur Fortführung dieser Agitation gedeutet werden. Die Folge davon waren neue Umtriebe der Fuorusciti und im Zusammenhang damit ernste italienisch-französische Auseinandersetzungen auch in der Emigrantenfrage. Sie nahmen noch zu, als Italien schließlich zur Selbsthilfe schritt und die politische Ueberwachung der Fuorusciti in Frankreich selbst in die Hand nahm, indem es gleichzeitig die französischen Behörden nicht nur der heimlichen Duldung, sondern auch der Unterstützung und Förderung der italienischen antifaschistischen Agitation in Frankreich beschuldigte.

Diese Beschuldigung ist zum mindesten nicht ganz unberechtigt. Das Asylrecht und die angebliche traditionelle französische Gastfreundschaft haben das freie und demokratische Frankreich, das sich bis dahin immer als Vorkämpfer gegen jeden monarchischen Absolutismus und Despotismus hingestellt hatte, vor dem Kriege nach dem Zustandekommen seines Bündnisses mit Rußland nicht gehindert, dem Zarismus zuliebe die russischen Gegner desselben in Frankreich kurzerhand des Landes zu verweisen, als die französischen Interessen dies wünschenswert erscheinen ließen. Der faschistischen Regierung in Rom aber darfaft man ein gleiches Entgegenkommen. Der Grund hierfür liegt auf der Hand. Er ist gegeben durch das **außerordentlich starke Interesse, das Frankreich heute an einem Sturz des faschistischen Regimes und an einer Beherrschung Italiens durch die in den Fuorusciti vertretenen italienischen Kreise und Parteien hat.** Ein Italien, in dem diese Kreise und Parteien die Oberhand